

JOHANN'S BLADDJE

Ausgabe 02/2023



1 Jahr Ukraine-Krieg,
1 Jahr Zeitenwende

Dienstreise nach
Bukarest

Berichte aus Berlin und aus dem Wahlkreis

Rede im Bundestag auf
Platteutsch

Das Deutschlandticket
kommt

FAP

+ 15

Vorwort	3
Das Deutschlandticket kommt! - alle Infos im Überblick	4
Ein Jahr Krieg, ein Jahr Zeitenwende: Solidarisch an der Seite der Ukraine	5
Equal Pay Day 2023: Wir fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit!	6
Rede im Bundestag zur Sicherheit in der Schifffahrt	7
Eine ganze Rede im Bundestag auf Plattdeutsch	8
Dienstreise als Parlamentarischer Staatssekretär nach Bukarest	9
"Nein" zu Kindern im Krieg - Kinder sind keine Soldaten!	11
Besuch beim Emdener Zoll	12
Besuch bei der Regionalleitstelle Ostfriesland	13
Serie: Johann, sag mal...	14
Impressum	15

INHALT

Ausgabe 02/2023



Mein Mitbrunner!

Am 24. Februar jährte sich der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine leider zum ersten Mal. Es ist nun ein Jahr vergangen, in dem die Menschen in der Ukraine unfassbares Leid ertragen mussten und trotzdem haben sie die Hoffnung und ihren Mut nicht aufgegeben - dafür verdienen sie unseren ganzen Respekt. Dieser Angriffskrieg hat eine Zeitenwende eingeläutet, doch klar ist: Wir stehen weiterhin solidarisch an der Seite der Ukraine und leisten sowohl finanzielle, humanitäre und diplomatische als auch militärische Unterstützung. Dennoch gibt es Menschen, die die Waffenlieferungen vehement ablehnen und mit ihrer Forderung nach sofortigem Frieden immer lauter werden, da sie meinen, man könne ja einfach mit Putin verhandeln. Denjenigen muss klar gesagt werden: Es gab noch nie einfache Lösungen auf komplizierte Fragen und die wird es auch nie geben. Mit Putin ist aktuell nicht zu verhandeln. Für ihn bedeutet die einzige Verhandlungsgrundlage die Kapitulation der Ukraine. Doch die Souveränität der Ukraine ist für die Ukraine selbst und auch für uns nicht verhandelbar...

Im Februar haben wir die Gesetzesvorlage zur Finanzierung des Deutschlandtickets auf den Weg gebracht. Mir ist bewusst, dass der ÖPNV in Ostfriesland bisher nicht gut aufgestellt ist und dringend ausgebaut werden muss. Über dieses Problem rede ich in der neusten Ausgabe von "Johann, sag mal...", nachzulesen auf Seite 4. Nichtsdestotrotz wird das Deutschlandticket auch in Ostfriesland viele Pendler und diejenigen, die über kein Auto verfügen, spürbar entlasten, sodass dieses Ticket definitiv eine gute Sache ist.

Neben vielen Terminen im Wahlkreis und einer Dienstreise nach Bukarest war mein größtes Highlight der letzten Wochen jedoch die Debatte im Bundestag zur Wahrung der Minderheitensprachen, in der ich mal wieder eine komplette Rede auf Plattdeutsch halten durfte. Mehr dazu gibt es auf Seite 8.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

John Sattler

VORWORT





**AB DEM 1. MAI,
FÜR 49 EURO IM MONAT:**

DAS DEUTSCHLANDTICKET KOMMT!

Nachdem sich Bund und Länder auf die wichtigsten Details geeinigt haben, haben wir im Februar das Gesetz zur Finanzierung des Deutschlandtickets auf den Weg gebracht. Damit kann das Ticket zum 01. Mai starten. Daher gibt es im Folgenden einmal die wichtigsten Informationen zum Deutschlandticket im Überblick:

Was hat es mit dem Deutschlandticket auf sich?

Das Deutschlandticket ist die Nachfolge des 9-Euro-Tickets, welches im Sommer 2022 angeboten wurde. Das Deutschlandticket soll als dauerhaftes Angebot an den Erfolg des 9-Euro-Tickets anknüpfen und ist Teil des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung.

Dieses Deutschlandticket ist ein wichtiger Erfolg von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Das Ticket trägt einen Teil dazu bei, die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Energiekrise finanziell zu entlasten. Mit dem Ticket wird Mobilität bezahlbarer, es bedeutet besonders für Pendlerinnen und Pendler eine wichtige Entlastung. Gleichzeitig ist es ein wichtiger Baustein für die Mobilitätswende - denn es soll die Attraktivität des ÖPNV erhöhen und so dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen.

Wie viel soll das Deutschlandticket kosten?

Das Deutschlandticket wird für 49 Euro pro Monat als Abonnement erhältlich sein, es kann jederzeit kostenfrei gekündigt werden.

Wo wird das Deutschlandticket gelten?

Das Deutschlandticket kann bundesweit auf allen Strecken und Verkehrsmitteln des Regional- und Nahverkehrs beliebig oft genutzt werden. Ausgenommen sind der Fernverkehr und Fahrten in der ersten Klasse.

Wann startet das Deutschlandticket?

Das Deutschlandticket soll zum 1. Mai eingeführt werden. Ab dem 3. April soll das Ticket zu kaufen sein. Allerdings fehlt bisher noch die Genehmigung der EU-Kommission, die hoffentlich zeitnah kommt.

Wie wird das Deutschlandticket finanziert?

Der Bund wird für das Deutschlandticket ab 2023 jährlich 1,5 Milliarden Euro als Verlustausgleich zur Verfügung stellen. Weitere entstehende Mehrkosten werden der Bund und die Länder je zur Hälfte tragen.

Weitere Infos gibt es hier:



SPD
Fraktion im
Bundestag



**1 JAHR KRIEG,
1 JAHR ZEITENWENDE:**

SOLIDARISCH AN DER SEITE DER UKRAINE

Vor nun etwas mehr als einem Jahr, am 24. Februar 2022, begann Russland den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein Jahr, in dem die Ukrainerinnen und Ukrainer unfassbares Leid aushalten mussten. Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung und grausame Verbrechen stehen auf der Tagesordnung, unzählige Menschen haben bereits ihr Leben verloren, Millionen sind geflohen und die Lebensräume vieler Ukrainerinnen und Ukrainer sind zerstört. Für uns war von Anfang an klar: Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie.

In Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren internationalen Bündnispartnern sind enorme Hilfen auf den Weg gebracht worden und wir werden die Ukraine auch weiterhin finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch unterstützen.

Dieser Angriff markierte eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents und es ist viel passiert in dieser Zeit. Wir mussten Diskussionen führen, von denen vorher lange niemand geahnt hatte, dass wir sie bald führen müssen. Waffenlieferungen, ein Sondervermögen für die Bundeswehr, drei Entlastungspakete, der Doppel-Wumms - all dies mit dem Ziel, einerseits vor allem der Ukraine zu helfen und andererseits die Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland in der Krise nicht allein zu lassen. Das Versprechen „You’ll never walk alone“ wurde gehalten und der Westen steht damals wie heute geschlossen an der Seite der Ukraine.

Der 24. Februar galt daher allein den Ukrainerinnen und Ukrainern, die den Mut und die Hoffnung nicht aufgegeben haben und weiterkämpfen. Ihnen gebührt unsere Solidarität.

EQUAL PAY DAY 2023:

WIR FORDERN GLEICHES GELD FÜR GLEICHE ARBEIT!

Am 7. März war Equal Pay Day, der „Tag für gleiche Bezahlung“. Jedes Jahr berechnet das Statistische Bundesamt den sogenannten „Gender Pay Gap“, also die geschlechtsspezifische Lohnlücke. Diese bezeichnet die prozentuale Differenz in der durchschnittlichen Bezahlung von Männern und Frauen, wobei in die Berechnung alle Arten der Beschäftigung aus allen Branchen und Berufen eingehen. Für das Jahr 2022 wurde ein um 18 Prozent geringerer Bruttostundenlohn für Frauen im Vergleich zu Männern ermittelt. Rechnet man den Wert von 18 Prozent in Tage um, so arbeiten Frauen vom 1. Januar an 66 Tage umsonst. Daher fand der diesjährige Equal Pay Day am 7. März statt.

Doch wodurch entsteht der Gender Pay Gap?

1. Frauen und Männer verteilen sich auf unterschiedliche Branchen und Berufe. Frauen arbeiten häufig in sozialen Berufen. Diese "frauentypischen" Berufe bieten jedoch meist nur einen geringen Verdienst und kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Die unterschiedliche Berufswahl wird immer noch stark von Rollenstereotypen beeinflusst.
2. Frauen und Männer arbeiten auch in denselben Branchen in verschiedenen Positionen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist immer noch gering.
3. Frauen unterbrechen ihre Erwerbsarbeit familienbedingt, z.B. durch Elternzeit oder das Pflegen von Angehörigen, weitaus häufiger. Dies hat langfristige Folgen auf die Einkommensentwicklung und wirkt sich bis in die Rentenphase aus.

Aber selbst wenn all diese Ursachen herausgerechnet werden und Frauen und Männer in gleichen Berufen und Positionen verglichen werden, ergibt sich in Deutschland immer noch ein nicht zu erklärender Gender Pay Gap von sechs Prozent. Damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit Realität wird, braucht es daher neben einer besseren Bezahlung von frauendominierten Berufen, mehr Frauen in Führungspositionen sowie einer gerechteren Aufteilung der privaten Sorgearbeit vor allem das Recht auf Entgelttransparenz. In Deutschland gibt es seit 2017 das Entgelttransparenzgesetz, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erlaubt, ihr Gehalt mit dem von Kolleginnen und Kollegen derselben Tätigkeit zu vergleichen. Bestehende Entgeltunterschiede können nur durch transparente Strukturen aufgedeckt werden.

REDE IM BUNDESTAG ZUR SICHERHEIT IN DER SCHIFFFAHRT

Im Februar war durfte ich gleich zwei Reden im Deutschen Bundestag halten, einmal in der Debatte zur "Änderung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften" und zum Ende des Monats erneut in der Debatte um die Minderheitensprachen, nachzulesen auf der nächsten Seite.

In meiner Rede habe ich den Fokus auf die Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schifffahrt gelegt. Etwa 90% des weltweiten Warenhandels geschieht über den Seeweg - die maritime Wirtschaft ist der Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolges. All dies ist in erster Linie den Menschen zu verdanken, die in der Schifffahrt tätig sind - sie sind das Rückgrat der unserer maritimen Wirtschaft. Die Sicherheit dieser Menschen ist also dringend notwendig und muss für uns an erster Stelle stehen. Gleichzeitig müssen wir die Ausbildung in den Seefahrtsschulen stärken und vermehrt fördern: Mit insgesamt etwa 5000 Seeleuten Deutschlandweit ist die Anzahl auf einem historischen Tiefpunkt, das muss sich dringend ändern.

Aber hört gerne selbst - klickt hier, um die Rede in voller Länge anzusehen:



EINE GANZE REDE IM BUNDESTAG AUF PLATTDEUTSCH

Am 2. März war es nach langer Zeit wieder so weit - ich durfte im Bundestag eine komplette Rede auf Plattdeutsch halten. Auf den Tag genau vor fünf Jahren, am 2. März 2018, hatte ich dies schon mal getan. Damals jedoch zu dem bedauernden Antrag der AfD-Fraktion, in dem sie forderte, die deutsche Sprache als Landessprache festzuschreiben. Dieses Mal war der Grund für meine plattdeutsche Rede jedoch um einiges erfreulicher: Anlässlich des 25. Jubiläums des Inkrafttretens der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen stand zu diesem Thema eine vereinbarte Debatte auf der Tagesordnung des Bundestags. Bei der Debatte ging es sowohl mir als auch fast allen anderen Rednerinnen und Rednern darum, das Bewusstsein für diese Sprachen zu stärken. Unsere deutsche Sprache ist nicht einfarbig, sondern wahnsinnig vielfältig und diese Vielfalt müssen wir erhalten.

Zusammen mit meiner Bundestagskollegin Gyde Jensen habe ich Anfang letzten Jahres mit genau diesem Ziel den "Parlamentskreis Plattdeutsch" gegründet und ich freue mich sehr, dass wir damit auch den Anstoß zu dieser gelungenen Debatte geben konnten. So wurde am 2. März also nicht nur Plattdeutsch, sondern auch Friesisch und Sorbisch im Parlament gesprochen und die Kolleginnen und Kollegen haben mit ihren Reden gezeigt, dass auch sie genauso viel mit ihrer Regional- oder Minderheitensprache verbinden, wie ich mit meinem ostfriesischen Plattdeutsch. Mir war es daher wichtig, in meiner Rede nochmals zu betonen, dass Minderheitensprachen auch ein Teil von Heimat sind und dass es unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass bestimmte Gruppen den Heimatbegriff nicht missbrauchen und nach ihren abgrenzenden nationalistischen Vorstellungen definieren, sondern dass der Begriff "Heimat" weiterhin so weltoffen und inklusiv verstanden wird, wie wir ihn verstehen.

Daher ist mein Appell an alle Leserinnen und Leser von "Johann's Bladdje": Proot Platt mitnanner - un wenn ji dat noch neit könnt, dann lernt Platt! Es gibt dabei kein Richtig oder Falsch, es soll nur Spaß machen.

Klickt hier, um die Rede in voller Länge anzusehen: <http://> 



DIENSTREISE ALS PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR NACH BUKAREST

Am 23. Februar klingelte der Wecker schon ziemlich früh, denn um 3:30 Uhr ging es los zum Flughafen nach Bremen, von wo es dann über München weiter nach Bukarest ging. Dort war ich zwei Tage lang in meiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär auf meiner ersten Dienstreise in diesem Jahr unterwegs, um dort an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Bei der Konferenz mit dem komplizierten Namen "Action oriented dialogue on understanding and communicating existing

and future risks: Ensuring evidence-based communication" ging es vor allem um die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Katastrophen- und Zivilschutz. In diesem Rahmen spielte die internationale Zusammenarbeit in Bezug auf die aktuelle Lage in der Türkei und in Syrien nach den dortigen Erdbeben natürlich eine besondere Rolle. Zudem habe ich den Aufenthalt in Bukarest auch genutzt, um am Rande der Konferenz weitere bilaterale Gespräche zu führen.





DIENSTREISE ALS PARLAMENTARISCHER STAATSSEKRETÄR NACH BUKAREST

Diese Gespräche führte ich sowohl mit dem Staatssekretär im rumänischen Innenministerium Raed Arafat, mit der Staatssekretärin im rumänischen Außenministerium Daniela Gîtmann, als auch mit Mami Mizutori, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen sowie mit dem EU-Kommissar Janez Lenarčič zum Thema Zivilschutz. So ging es unter anderem um die Situation um den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, um das Thema Katastrophenvorsorge

und um Erfahrungen mit Katastrophenschutzsystemen sowie um die verschiedenen Klimaschutzpläne der beiden Staaten.

Nach zwei ereignisreichen und anstrengenden aber spannenden Tagen ging es für mich dann am späten Freitagabend wieder zurück in die Heimat. Es ist immer wieder besonders für mich, dass ich solch wichtige Termine stellvertretend für die Ministerin und die ganze Bundesregierung wahrnehmen darf.





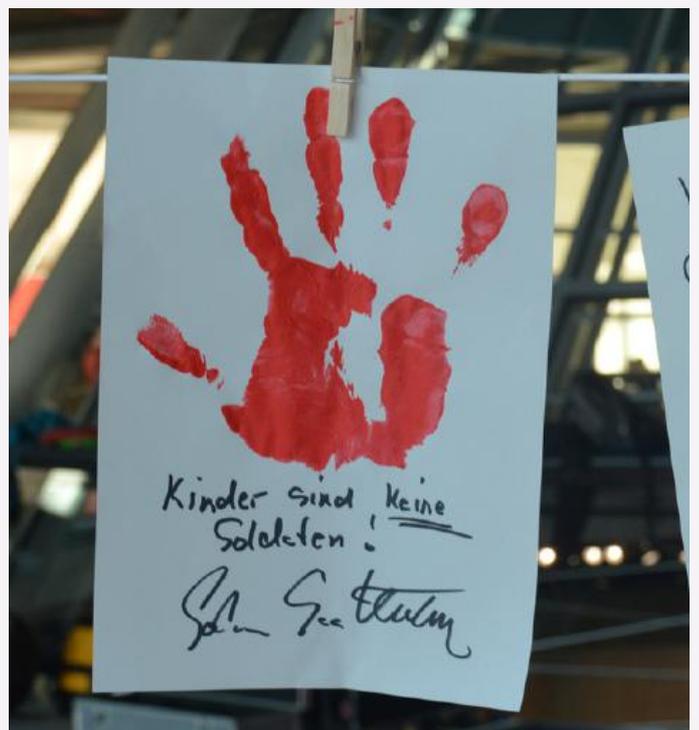
RED HAND DAY 2023:

"NEIN" ZU KINDERN IM KRIEG - KINDER SIND KEINE SOLDATEN!

Am 12. Februar war "Red Hand Day", der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Vor 20 Jahren verabschiedeten die Vereinten Nationen am 12. Februar ein Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention, um Kinder und Jugendliche besser vor Krieg schützen zu können. Dennoch gibt es heute weltweit immer noch rund 250.000 Kinder, die Teil von bewaffneten Konflikten werden und Unvorstellbares erleben: Jungen werden als Kindersoldaten missbraucht, sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt oder müssen Sklavendienste leisten, Kindersoldatinnen werden dabei häufig Opfer sexualisierter Gewalt.

Am Red Hand Day gedenken wir jedes Jahr all diesen Kindern und sagen „Nein“ zu Kindern im Krieg - denn Kinder sind keine Soldaten! Auch im Bundestag haben wir in diesem Jahr wieder mit der "Aktion Rote Hand" ein Zeichen gesetzt. Bei der Aktion wurden unsere roten Handabdrücke

gesammelt und dann als Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder in bewaffneten Konflikten übersendet.



BESUCH BEIM EMDER ZOLL



Vor einigen Wochen war ich zu Besuch beim Emdener Zoll, um mit örtlichen Mitgliedern des BDZ, der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft, über aktuelle Themen der Zollverwaltung zu sprechen. Mit dabei waren sowohl der BDZ Bezirksverbandsvorsitzende Olaf Wietschorke als auch die Vorsitzenden der Ortsverbände Norden, Emden und Wilhelmshaven.

Bei dem etwa zweieinhalbstündigen Gespräch wurden die verschiedensten Themen behandelt. So ging es unter anderem um die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, um die geplante Umsetzung der Ergebnisse der vorangegangenen Organisationsuntersuchung und um den Entwurf zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes, den ich den Gewerkschaftlern in meiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium erläutert habe.

Lange wurden vor allem die nachteiligen Folgen der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung für unseren Kontrollbereich diskutiert, da hier geplant ist, vorhandene Planstellen und das zugehörige Personal in den Großraum Ruhrgebiet zu verschieben und Kontrolleinheiten in anderen Regionen aufzulösen. Ich habe mich der Meinung der Gewerkschaftler angeschlossen und spreche mich klar dagegen aus, eine Umverteilung der vorhandenen Ressourcen zu Lasten der Küstenregion vorzunehmen. Es kann nicht sein, dass durch eine Organisationsuntersuchung ein Teil der Sicherheitsarchitektur in den betroffenen Bereichen geschwächt wird. Daher habe ich versprochen, für die Gewerkschaftsmitglieder des BDZ-Bezirks Hannover und insbesondere für den Küstenbereich auch weiterhin ein verlässlicher Gesprächspartner zu sein und mich für ihre Interessen einzusetzen.



BESUCH BEI DER REGIONAL-LEITSTELLE OSTFRIESLAND

.Auf Initiative von Olaf Meinen, dem Landrat des Landkreises Aurich, besuchten wir zusammen im Februar gemeinsam die in Wittmund stationierte "Kooperative Regionalliste Ostfriesland". Die Leitstelle besteht mit ihrem Sitz in Wittmund seit dem Jahr 2014. Seither betreut sie rund um die Uhr alle eingehenden Notrufe aus der Region, genauer gesagt aus den Landkreisen Aurich, Wittmund und Leer. Insgesamt ist die Leitstelle somit für 34 Dienststellen der Polizei, 23 Rettungswachen und 159 Ortsfeuerwehren zuständig - das ist eine ganze Menge.

Zu Beginn unseres Besuchs bekamen wir bei einer allgemeinen Vorstellung und einem anschließenden Rundgang durch das Gebäude einen umfassenden Überblick über die Arbeit der Leitstelle. Im Anschluss wurden dann in weiterführenden Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einige weitere Themen angesprochen und vertieft. Mir war es besonders wichtig, zuzuhören und zu verstehen, welche Dinge einerseits gut laufen und welche andererseits aber auch Probleme bereiten. So ging es beispielsweise um das Thema Digitalisierung, um mögliche Herausforderungen bei Notfällen auf den ostfriesischen Inseln und um auftretende

Probleme bei Personalausfällen. Ein großes Problem sei laut den Mitarbeitenden vor allem das häufige Vorkommen von Anrufen, bei denen es sich nicht um wirkliche Notfälle handelt. Positiv hervorgehoben wurde andererseits jedoch die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Polizei, Feuerwehr und der Leitstelle. Insgesamt zählt die Leitstelle etwa 245.000 Notrufe pro Jahr, wovon 95% innerhalb von sechs Sekunden angenommen und betreut werden - das ist wirklich beeindruckend.

Auch wurde mir erzählt, dass die Mitarbeitenden alle in der Lage seien, Plattdeutsch zu verstehen. So könne auch den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nur das Plattdeutsche gewohnt sind, genauso geholfen werden - darüber habe ich mich sehr gefreut.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in der Leitstelle Wittmund hervorragende Arbeit und zeigen damit eindrucksvoll, dass mithilfe von guter Infrastruktur und Koordination die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger auch in ländlichen Räumen sehr gut gewährleistet werden kann. Vielen Dank für die wirklich guten Gespräche, der Besuch in der Leitstelle wird mir noch lange in Erinnerung bleiben.

JOHANN SAG MAL, WIE KÖNNEN WIR EIGENTLICH DEN ÖPNV IN OSTFRIESLAND BESSER AUSBAUEN?

In meiner neuen Videoreihe "Johann sag mal.." beantworte ich in den Sozialen Medien regelmäßig Eure Fragen. Um auch diejenigen ohne Instagram, Facebook & Co. daran teilhaben zu lassen, wird es auch in "Johann's Bladdje" jeweils eine Antwort in schriftlicher Form geben.

©andreas160578 von pixabay via Canva.com

Es ist keine Frage, die Mobilität im ländlichen Raum ist natürlich auch in Ostfriesland ein riesiges Thema, das uns vor große Herausforderungen stellt.

Klar ist: Der Öffentliche Personennahverkehr ist in Ostfriesland nicht gut aufgestellt - und das auch schon lange nicht. Das soll keine Entschuldigung sein, sondern eine bloße Feststellung des Problems. Besonders deutlich wurde das Ganze, als im Sommer 2022 das 9-Euro-Ticket eingeführt wurde: Das Ticket war ein voller Erfolg und hat gezeigt, dass einerseits die Mittel da sind, um den ÖPNV günstig anzubieten und andererseits auch die Nachfrage riesengroß ist. Wir haben nur im ländlichen Raum das Problem, dass der ÖPNV so schlecht ausgebaut ist, dass er quasi kaum stattfindet. Nur um diese Herausforderung zu bewältigen, sind in erster Linie die Kommunen gefragt. Der Bund ist sicherlich gefordert, durch Fördermaßnahmen den Ausbau des ÖPNV voranzutreiben, allerdings muss dies im Einklang mit den Kommunen geschehen.

Bereits früher hat mich die Argumentation "es würde ja keiner Bus fahren und deswegen gäbe es keine Busse" schon irritiert, denn das ist dieselbe Thematik wie bei der Henne und dem Ei.

Am Ende fährt doch auch keiner mit dem Bus im ländlichen Raum, weil kaum Busse fahren und nicht, weil die Nachfrage nicht da wäre.

Wenn ich jemandem, der aus Berlin stammt, erzähle, dass auf meiner regionalen ÖPNV-App in Pewsum manchmal auch steht, dass der nächste Bus erst in 26 Stunden und 28 Minuten fährt, während Berliner sich darüber aufregen, dass die S-Bahnen gerade von dem Sechsminutentakt in den Neunminutentakt gewechselt sind, weil es eben spät am Abend ist, dann sieht man, wie ungleich die Situation des Öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland ist. Das ist eine Frage von Wahrnehmung und Förderung ländlicher Räume. Das kann der Bund nicht alleine ändern, das werden wir über alle Gebietskörperschaften machen müssen. Ich kann jedoch aus Berlin berichten, dass die Notwendigkeit erkannt ist und dass es, um unsere Klimaziele im Verkehrssektor auch zu erreichen, unumgänglich ist, dass wir den ÖPNV dringend ausbauen. Hierfür müssen alle denkbaren Möglichkeiten genutzt werden: Anrufbusse, regulären Bussen und in nicht allzu ferner Zukunft vielleicht sogar selbstfahrende Fahrzeuge, die dazu in der Lage sind, Menschen auch von A nach B zu transportieren - und das so sicher und so günstig wie möglich.



Liebe Grüße
und bis
bald!

Folgt mir im Web:



SPD
Fraktion im
Bundestag

Redaktion

Tomke Juilfs, Torsten Stein,
Kornelia Urban und Sabine Zimmermann

Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: 030-227-73155
Fax: 030- 227-70155
E-Mail: johann.saathoff@bundestag.de
Web: www.johann-saathoff.de